

## Peter Hausherr als Vorsitzender bestätigt

Der Rischer Gemeindepräsident Peter Hausherr ist auch in der neuen Legislatur Vorsitzender der Gemeindepräsidenten-Konferenz der zugerischen Gemeinden (GPK). Neuer stellvertretender Vorsitzender ist Walter Lipp aus Baar.

Den Vorsitz der GPK führt weiter Peter Hausherr, Risch. Als neuer stellvertretender Vorsitzender wurde Walter Lipp, Baar, bestimmt. Das Sekretariat der GPK wird der Gewohnheit folgend vom Gemeindegeschreiber des Vorsitzenden, Ivo Krummenacher, übernommen.

Die GPK tagt üblicherweise sechsmal im Jahr und trifft sich jährlich einmal mit dem Regierungsrat zu einem Austausch. Die Gemeindepräsidenten-Konferenz der Zuger Einwohnergemeinden fördert die Zusammenarbeit unter den Zuger Gemeinden und setzt sich aktiv da-



Die GPK hat sich für die neue Legislatur aufgestellt. Erste Reihe (von links): Peter Hausherr, Risch, Vorsitzender, Dr. Fridolin Bossard, Unterägeri, Walter Lipp, Baar; zweite Reihe: Renate Huwyler, Hünenberg, Andreas Etter, Menzingen, Marcel Güntert, Oberägeri; hinterste Reihe: André Wicki, Stadt Zug, Daniel Schillig, Neuheim, Georges Helfenstein, Cham, Stefan Hermann Walchwil. Es fehlt: Andreas Hausheer, Steinhausen. Foto: zvg

für ein, dass deren Interessen auch gegenüber dem Kanton und Dritten gewahrt werden. Die GPK ent-

sendet zudem Delegierte in sechs Organisationen mit öffentlichen Aufgaben. PD

## Oberägeri präsentiert ein grosses Plus

Budgetiert war ein knappes Plus von 3500 Franken, abgeschlossen hat die Rechnung der Einwohnergemeinde mit einem Ertragsüberschuss von knapp 6 Millionen Franken.

Die Erfolgsrechnung 2022 schliesst bei einem Aufwand von 41'354'601 Franken und einem Ertrag von 47'256'002 Franken mit einem Mehrertrag von 5'901'401 Franken ab. Das Budget für das Jahr 2022 sah lediglich einen Mehrertrag von 3'500 Franken vor.

Dieses Ergebnis basiert hauptsächlich auf Mehreinnahmen beim Fiskalertrag. Die Entwicklung bei den Quellensteuern, Schenkungs- und Erbschaftssteuern sowie bei den

Grundstückgewinnsteuern war erfreulich. Nebst weiteren Mehrerträgen bei den Entgelten und beim Transferertrag resultieren Minderaufwände beim Personalaufwand, bei den Abschreibungen und beim Transferaufwand. Die budgetierte Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve von 3 Millionen Franken ist nicht vorgenommen worden.

Die Investitionsrechnung schliesst mit Nettoausgaben von 10'321'695 Franken ab. Budgetiert waren Nettoausgaben von 10'811'000 Franken. Der Gemeinderat wird der Stimmbevölkerung anlässlich der Gemeindeversammlung vom 19. Juni vorschlagen, den Mehrertrag von 5'901'401.49 Franken wie folgt zu verwenden: für Unterstützungen im

land 150'000 Franken, für Unterstützungen im Ausland 30'000 Franken, für finanzpolitische Reserven 3'000'000 Franken und für zusätzliche Abschreibungen 2'500'000 Franken. Der Restbetrag von 221'401.49 Franken soll dem übrigen Eigenkapital zugewiesen werden.

Evelyn Rust, Ressortvorsteherin Finanzen, zum erfreulichen Rechnungsergebnis 2022: «Das Resultat basiert erneut einnahmeseitig auf Mehreinnahmen bei den Steuern, aber nicht nur.

Beim Aufwand konnten vor allem beim Personalaufwand Einsparungen gemacht werden. Wir wollen uns auch künftig nicht einzig auf die Steuereinnahmen verlassen, sondern die Ausgaben sorgfältig im Blick halten.» PD

## Neuer Dreh- und Angelpunkt der Baarer Alterspolitik

Die vom Gemeinderat lancierte Strategie «Wohnen im Alter» nimmt Gestalt an

Die vom Baarer Gemeinderat lancierte Strategie «Wohnen im Alter» nimmt Gestalt an. 2023 soll eine «Informationsstelle Altersfragen Baar» geschaffen werden – sofern die Stimmbevölkerung am 18. Juni dem Kredit zustimmt.

Vor rund vier Jahren hat der Gemeinderat Baar die Ausarbeitung einer Strategie «Wohnen im Alter» in Auftrag gegeben, mit der die künftige Ausrichtung der Baarer Alterspolitik definiert wird. Auf Basis dieser Strategie wurde das Projekt «Wohnen im Alter» angestoßen. In drei Teilprojekten werden Massnahmen entwickelt, wie ältere Menschen in Zukunft leben und betreut werden.

### Umfassend aufgestellt

Die Erarbeitung dieser Schwerpunkte und Massnahmen sowie Workshops mit älteren Baarerinnen und Baarern haben gezeigt, dass eine moderne Alterspolitik umfassend aufgestellt sein muss. Mit der Bereitstellung von verschiedenen Wohnformen ist es nicht getan. Ebenso wichtig sind umfangreiche Informationen sowie bei Bedarf eine umfassende Beratung und Begleitung der äl-

teren Baarerinnen und Baarer in allen Altersfragen – seien diese pflegerischer, sozialer oder finanzieller Natur.

### Offener Treffpunkt mit Wohlfühlatmosphäre

«Der Gemeinderat will deshalb eine Informationsstelle Altersfragen Baar schaffen», erklärt Gemeindepräsident Walter Lipp. Am 18. Juni 2023 wird die Baarer Stimmbevölkerung an der Urne über einen jährlichen Kredit in der Höhe von 320'000 Franken abstimmen. Die Informationsstelle mit 160 Stellenprozenten soll bereits im Oktober 2023 ihren Betrieb aufnehmen und eine wichtige Funktion in der weiteren Umsetzung des Projekts «Wohnen im Alter» einnehmen. Derzeit sucht die Gemeinde nach einem geeigneten, ebenerdigen Lokal im Zentrum. Das neue Angebot soll bewusst nicht in der Gemeindeverwaltung untergebracht sein.

«Wir stellen uns einen offenen Treffpunkt vor, an dem sich alle willkommen und wohl fühlen», beschreibt Projektleiter Manuel Frei die Zielsetzung. «Wer die Informationsstelle aufsucht, macht keinen Behörden-gang, sondern sucht Alltagsunterstützung, Beratung oder vielleicht

auch nur Kontakt und ein nettes Gespräch.» Geplant ist, dass die Informationsstelle Altersfragen Baar auch in den Quartieren präsent ist – entweder temporär in bereits bestehenden Räumlichkeiten oder mit einem Fahrzeug. Die Fachleute sollen nah an der Bevölkerung sein und ihre Bedürfnisse kennen. So kann die Gemeinde ihre Alterspolitik entsprechend anpassen und optimieren.

### Grundstein für selbstbestimmtes Leben im Alter

Die «Informationsstelle Altersfragen Baar» wird das erste greifbare Resultat der Strategie und des Projekts «Wohnen im Alter» sein. Parallel laufen die Arbeiten in den Teilprojekten «Wohnen zu Hause», «Intermediäre Wohnformen» und «Stationäre Wohnformen» weiter. Grösste Herausforderung wird, genügend und geeigneten Wohnraum für die intermediären Wohnformen bereitzustellen. So sollen zentrumsnah, respektive an gut erschlossenen Lagen altersgerechte Wohnungen entstehen, die an ein Netz von fakultativ abrufbaren Dienstleistungen angebunden sind. Ein möglicher Standort dafür wäre das Altersheim Bahnmatt, das auf absehbare Zeit ersetzt werden muss. PD

## Ein Zuger Wohn- und Steuermärchen

Es war einmal der Kanton Zug. Da herrschten märchenhafte Steuerverhältnisse. Keine Unternehmerin und kein Einwohner konnten sich über die Steuern beschweren. Nirgendwo zahlten die Leute weniger an den Fiskus. In anderen Kantonen herrschten steuermässig furchtbare Verhältnisse. Und trotzdem gab es da ebenso erfolgreiche Unternehmen und merkwürdigerweise sogar zufriedene Menschen. Steuern waren hingegen im lebenswerten Zug für niemanden eine schwere Last.

Und doch ging in Zug ein Gespenst um – es hiess das Gespenst der horrenden Mieten und der absurden Grundstückspreise. Zugegeben, ein aussergewöhnlicher Name für ein Gespenst. Aber es ging um.

Und es trieb den Leuten den Schweiß auf die Stirn oder die Tränen in die Augen, wenn sie es auf den Immobilienportalen erblickten. Und zwar nicht nur den einfachen Leuten, nein, auch die fleissigen und wohlgebildeten Bürgerinnen fragten sich je länger, je mehr, wie sie das bloss bezahlen sollten, wenn die Eigentümer Eigenbedarf anmeldeten oder die ganze Liegenschaft, zwecks höherer Rendite, saniert werden sollte. Das Gespenst verjagte auch junge Familien mit einem Eigenheimtraum in die angrenzenden Kantone; es war gnadenlos.

Die Regierung und der Kantonsrat taten, was sie konnten und senkten und senkten die Steuern, bis es fast nicht mehr ging. Ein altes Zuger Geheimrezept, das bisher immer half. Das Gespenst lachte sich ins Fäustchen. Das weniger eingenommene Geld kam nämlich nicht bei den Erschreckten an und es konnte noch einfacher sein Unwesen treiben. Die



Christian Hegglin.

Foto: zvg

tiefen Steuern liessen die Immobilienpreise erst recht explodieren und trieben die Mieten weiter in die Höhe.

Angst hatte das Gespenst keine. Fast keine. Kostenmieten statt Renditemaximierung liessen sogar das Gespenst erschauern. Günstiger oder zahlbarer Wohnraum waren ihm ein Graus. Davor fürchtete es sich.

Wenn das Gespenst auch bei Ihnen umgeht, dann können Sie mithelfen, es zu verscheuchen. Ermöglichen Sie zahlbaren Wohnraum mit der Unterstützung unserer städtischen Initiative «2000 Wohnungen für den Zuger Mittelstand» und der kantonalen «Mehrwert-Initiative». Erschrecken Sie das Gespenst, indem Sie keine Hand für weitere Steuersenkungen bieten und lassen Sie es erzittern, indem Sie Kostenmieten fordern.

Christian Hegglin  
SP-Kantonsrat

## Scheinlösungen für bezahlbaren Wohnraum

Bezahlbarer Wohnraum in Zug ist rar, das ist tatsächlich ein Problem und beschäftigt die Politik schon lange. Die vereinigte Linke bewirtschaftet dieses Problem schon lange, denn es ist emotional und drängend. Die Linke schlägt jedoch lediglich Lösungen vor, die Enteignungen oder mindestens starke Eingriffe ins Privateigentum zur Folge haben. Dabei wird vergessen, dass die Problematik von zwei Faktoren abhängt. Hauptursache ist die masslose Zuwanderung in die Schweiz. 2022 sind 200'000 Menschen eingewandert. Dass sie dort wohnen wollen, wo es am schönsten ist – in Zug – ist auch klar. Kurzum: Eine zu hohe Nachfrage trifft auf zu wenig Angebot, der Preis steigt. Die Linken wollen die Zuwanderung jedoch nicht bremsen, vielmehr wollen sie den Kanton und die Stadt Zug unattraktiv machen. Unattraktiv heisst dann zwangsläufig aber auch weniger Wohlstand, weniger Familienzulagen, weniger Kita-Subventionen, weniger Wohlfahrtsstaat an den wir uns gewöhnt haben.

Gleichzeit behindert Links die Schaffung von mehr Wohnungsangebot. Erinnern Sie sich an 2017 als die Linke das Hochhausreglement in der Stadt Zug bekämpft hat und damit verhindern wollte, dass man in die Höhe bauen und mehr Angebot schaffen kann? Erinnern Sie sich auch daran, dass die Linke den Bebauungsplan Unterfeld Schleife bekämpft hat? Dort wären 60 Prozent preisgünstige Wohnungen auf einer Fläche von 18'450 m<sup>2</sup> entstanden.



Gregor R. Bruhin.

Foto: zvg

Lassen Sie sich nicht irreführen. Links will das Wohnungsproblem nicht lösen. Sie wollen es bewirtschaften.

Wie lösen wir also das Problem? Einerseits müssen wir die Nachfrage bremsen, das heisst die Zuwanderung massiv reduzieren. Zweitens müssen wir mehr Angebot schaffen. Das erreichen wir mit weniger Regulierung, damit mehr gebaut werden kann. Dort wo gebaut wird, muss man zulassen, dass eine höhere Ausnutzung erreicht wird. In der anstehenden Orts- und Zonenplanrevision haben wir die Möglichkeit dazu.

Gregor R. Bruhin  
SVP-Kantonsrat und Gemeinderat